

Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS)

Umsetzungsbericht Juni 2021

Statement des Wuppertaler Kreises

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) haben im Juni 2021 den Umsetzungsbericht der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) veröffentlicht.

Die Nationale Weiterbildungsstrategie war ein Bestandteil des Koalitionsvertrages der laufenden Legislaturperiode und umfasste einen Arbeitsprozess unter Einbindung der Sozialpartner, der Bundesländer, der Bundesagentur für Arbeit und weiterer Verbände mit dem gemeinsamen Ziel, in einem koordinierten Arbeitsprogramm konkrete Fortschritte für die Weiterbildung zu erzielen und damit die Weiterbildungskultur in Deutschland weiter zu entwickeln. Die beteiligten Akteure haben zu insgesamt zehn Handlungsfeldern in Workshops und Themenlaboren Überlegungen zur Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen angestellt, entsprechende Projekte auf den Weg gebracht und zum Teil bereits umgesetzt.

Ziel, Auftrag und Programm der Nationalen Weiterbildungsstrategie

Berufliche Weiterbildung ist Voraussetzung und Motor für Innovation. Vor dem Hintergrund der laufenden digitalen Transformation, der notwendigen Anpassung an den Klimawandel sowie des internationalen Wettbewerbs ist es deshalb richtig, der Weiterbildung die notwendige politische Aufmerksamkeit zu geben.

Der Umsetzungsbericht weist dabei zu Recht darauf hin, dass die Verantwortung für Weiterbildung nicht allein beim Staat liegt. Ein großer Teil der beruflichen Weiterbildung findet im Betrieb statt und wird in unternehmerischer Verantwortung wahrgenommen. Berufliche Weiterbildung wird darüber hinaus von der Verantwortung des Einzelnen für seinen beruflichen Lebensweg getragen.

Der Wuppertaler Kreis als Verband der führenden Weiterbildungsdienstleister der Wirtschaft hat das Anliegen der Nationalen Weiterbildungsstrategie unterstützt, die öffentliche Aufmerksamkeit für die berufliche Weiterbildung zu stärken und Zukunftsfragen der Weiterbildung zu adressieren. Der Wuppertaler Kreis war in die Arbeiten der NWS eingebunden und hat dort im Austausch mit den unterschiedlichen Akteuren dazu beigetragen, konstruktive Wege zu definieren und die Rahmenbedingungen

für einen funktionierenden und innovationsfreudigen Weiterbildungsmarkt zu verbessern.

Der Wuppertaler Kreis hat dabei mehrfach darauf hingewiesen, dass sich Weiterbildungspolitik an dem ordnungspolitischen Grundprinzip orientieren muss, dass der private Markt für Weiterbildungsdienstleistungen von weiterbildungspolitischen Überlegungen nicht beeinträchtigt bzw. durch Überregulierung belastet werden darf. Staatliches Handeln im Bereich der Weiterbildung sollte sich auf die in öffentlicher Verantwortung liegenden Segmente wie Arbeitsmarktpolitik sowie die allgemeinbildenden Bereiche konzentrieren und sich darüber hinaus auf die Schaffung innovationsförderlicher Rahmenbedingungen begrenzen.

Es ist darüber hinaus richtig, dass im Zuge des politischen Dialogs über diese Strategie keine der Vorhaben aufgenommen wurden, zu denen aus ganz offensichtlichen Gründen kein Konsens der Sozialpartner herstellbar ist, wie z.B. das Recht auf Weiterbildung, die erhebliche Eingriffe in die Eigenverantwortung der Unternehmen und der Beschäftigten bedeutet hätten.

Ergebnisse der Nationalen Weiterbildungsstrategie im Fokus der betrieblichen Weiterbildung

Von den vorgestellten Ergebnissen sind für die betriebliche Weiterbildung und den Wuppertaler Kreis aktuell vor allem die Themen Transparenz, Weiterbildungsberatung, Qualität und Digitalisierung von Bedeutung. Für das Arbeitsfeld der öffentlich geförderten Weiterbildung standen darüber hinaus die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten (Arbeit-von-morgen-Gesetz) sowie die Möglichkeiten der Qualifizierung während der pandemiebedingten Kurzarbeit im Fokus.

Zur Zielsetzung die Transparenz im Weiterbildungsmarkt zu erhöhen, hatte der Wuppertaler Kreis darauf hingewiesen, dass für die betriebliche Weiterbildung kein Mangel an Transparenz festgestellt werden kann. Die Vielfalt des Marktes ist nicht etwa ein Defizit, sondern das Ergebnis eines funktionierenden Wettbewerbs, der passgenaue Maßnahmen für betriebliche Bedarfe bereitstellt.

Für das Themenfeld Weiterbildungsberatung sieht der Wuppertaler Kreis die Ausweitung der Qualifizierungsberatung für Beschäftigte durch die Bundesagentur für Arbeit in Richtung auf eine Beratung der Unternehmen eher kritisch. Weiterbildungsberatung aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit sollte sich auf Arbeitslose bzw. Beschäftigte in bestimmten Situationen konzentrieren. Das Online Erkundungstool New

Plan der Bundesagentur für Arbeit kann für diesen Personenkreis wertvolle Hilfe leisten.

Die Arbeitsergebnisse zum Thema Qualität haben aus Sicht des Wuppertaler Kreises die bereits gut entwickelten Rahmenbedingungen für die Weiterbildung bestätigt. Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Instrumente sowie die Entwicklung von nutzerorientierten Checklisten sind eine sinnvolle Ergänzung.

Die Digitalisierung der Weiterbildung hat in der COVID-19-Pandemie an Dynamik gewonnen. Mit dem im Rahmen der NWS geplanten zentralen Eingangsportal (Nationale Online-Weiterbildungsplattform NOW!), das vom BMAS in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit entwickelt wird, soll ein Zugang zu Bildungsangeboten, insbesondere auch für Weiterbildung geschaffen werden, der vorhandene Angebote zusammenführt und Zugangsmöglichkeiten zu Bildungsdienstleistungen eröffnet. Für die individuell motivierte berufliche Weiterbildung kann ein solcher zentraler Zugang zu Bildungsangeboten hilfreich sein, indem z.B. die Motivation für Investitionen in die eigene Qualifikation gesteigert wird.

Der Wuppertaler Kreis hat darauf hingewiesen, dass Überlegungen, auch die betriebliche Weiterbildung in eine öffentliche Bildungsplattform zu integrieren kontraproduktiv sind. Betriebliche Weiterbildung muss sinnvollerweise unmittelbar an konkreten Anforderungen der jeweiligen Arbeitsumgebung ansetzen. Eine Curricularisierung und Standardisierung der betrieblichen Weiterbildung, wie es in Überlegungen für ein nationales übergreifendes Bildungsportal zum Teil angestrebt wurde, schränkt die notwendige Flexibilität ein und ist letztlich innovationsfeindlich.

Weiterbildungspolitik zukunftsorientiert gestalten

Weiterbildung ist ein strategisch wichtiges Arbeitsfeld, wenn es für die Unternehmen darum geht, in Zeiten des ökologischen und digitalen Wandels langfristig leistungsfähig und wettbewerbsfähig zu sein. Es ist deshalb zu begrüßen, dass Weiterbildung eine hohe Aufmerksamkeit auch im politischen Raum hat.

Die mitwirkenden Akteure der NWS haben sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, den Austausch in den eingerichteten Formaten weiterzuführen.

Aus Sicht des Wuppertaler Kreises ist dabei allerdings wichtig, weiterhin der Vorstellung einer zentralen staatlichen Steuerung der beruflichen Weiterbildung eine Absage zu erteilen. Es sollte Prämisse der Weiterbildungspolitik sein und bleiben, die In-

novationskraft der betrieblichen Weiterbildung zu erhalten und ihr keine regulierenden Hemmnisse entgegenzusetzen.

Eine Abstimmung von Weiterbildungspolitik im nationalen und sektorübergreifenden Austausch, wie es mit der NWS angelegt ist, ist richtig. Gleichwohl muss die Gefahr gesehen werden, die mit übergreifenden Gremien immer einhergeht, nämlich eine Übersteuerung, Überinstitutionalisierung und Überpolitisierung von Programmen.

Eine Weiterführung der koordinierenden Gremien der Nationalen Weiterbildungsstrategie sollte sich deshalb auf den Erfahrungsaustausch und die Abstimmung von Maßnahmen von Bund, Ländern, Verbänden und Sozialpartnern in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich konzentrieren. Als Schwerpunktaufgabe sollte die Entwicklung der Weiterbildungskultur in Deutschland und eine stetige Werbung für mehr Weiterbildungsengagement auf dem Programm stehen.

Köln, 11. Juni 2021